

Basel Stadt Land Region

«Von einem reinen Männerteam wäre diese Forschung nicht gut angekommen»

Ökonomin über Frauendiskriminierung Conny Wunsch, Professorin für Arbeitsmarktökonomie an der Universität Basel, kritisiert die Methode des Bundes, wie Lohnunterschiede in Unternehmen analysiert werden sollen.

Benjamin Wirth

Es ist ein kontroverses Thema: Anfang Oktober veröffentlichte Conny Wunsch, Arbeitsökonomin und seit 2013 Professorin der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel, zusammen mit einem Forscher aus Paris eine Studie, in der die beiden verschiedene Analysemethoden untersuchten, mit denen Lohndiskriminierung zwischen Männern und Frauen aufgedeckt werden soll. Im Interview erklärt sie, weshalb viele solche Methoden zurzeit noch grosse Defizite aufweisen und weshalb der Bund schnell handeln sollte, um Unternehmen vor einem ungerechtfertigten Shitstorm zu bewahren.

Frau Wunsch, haben Sie Lohndiskriminierung am Arbeitsplatz selbst schon einmal erlebt?

(Überlegt) Ich als Frau habe noch nie das Gefühl gehabt, dass ich beim Lohn benachteiligt werde. Mir ist aber bewusst, dass es diese Probleme an einzelnen Orten geben kann.

Das revidierte Gleichstellungsgesetz soll helfen, die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen zu beheben.

Das ist im Ansatz eine gute Idee, da es die Unternehmen dazu zwingt, sich mit dem Thema aus-

einanderzusetzen. Viele Firmen wissen unter Umständen gar nicht, wie die Lohnstrukturen bezüglich Geschlecht genau aussehen. Leider gibt es in der Umsetzung der Gesetzesrevision aber grosse Mängel.

Erklären Sie.

Das Grundproblem bei Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen sind die vielen Unterschiede in lohnrelevanten Faktoren. Dabei sind die meisten Differenzen auf objektive Entwicklungsunterschiede zurückzuführen. Im Grunde müsste man all diese Faktoren einzeln rausrechnen. Das ist aber enorm schwierig.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Eine häufige Ursache für Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind die unterschiedlichen Bildungs- und Karrierewege, die jeder Mensch für sich eingeschlagen hat. Bei der Definition des Lohnes stellen sich hierbei Fragen wie: Welche Berufe hat man früher wie lange ausgeübt, oder welche Schulen wurden absolviert? Es ist sehr anspruchsvoll, alle relevanten Punkte in eine Lohnanalyse mit einzubeziehen. Für ein zweifelsfreies Resultat wäre diese Aufgliederung jedoch notwendig.

Sie kritisieren in Ihren Studien die Analysemethoden, mit denen Lohnunterschiede gemacht werden.

Ja. Die meisten Untersuchungen verwenden Standardmethoden, die auf unrealistischen Annahmen beruhen. Sie berücksichtigen nur eine sehr begrenzte Zahl an Faktoren und gehen nicht auf alle Punkte ein, wie etwa die unterschiedlichen Berufserfahrungen der einzelnen Personen.

Auf der Website des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung ist ein Analysetool namens Logib aufgeschaltet. Wie finden Sie dieses Programm?

Es ist sehr unpräzise. Der Bund berücksichtigt mit seinem Tool sogar noch weniger Faktoren als



Conny Wunsch hat bereits mehrere Studien zur Analyse von Lohnunterschieden durchgeführt. Foto: Dominik Plüss

andere Ansätze, die in der Schweiz verfolgt werden. Die Zahlen, die man mit Logib messen kann, sind nur begrenzt aussagekräftig.

Das heisst?

Wenn damit Lohnunterschiede festgestellt werden, heisst das noch lange nicht, dass es Diskriminierung ist. Es könnten – wie gesagt – auch Unterschiede sein, die zwar wegen unterschiedlicher Entscheidungen der einzelnen Personen entstanden, aber nicht

in verfügbaren Daten enthalten sind. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Grundsatzfrage: Gibt es wirklich Männer und Frauen, die unter den gleichen Voraussetzungen der gleichen Tätigkeit nachgehen – insbesondere im selben Unternehmen? Ist diese Deckungsgleichheit nicht gegeben, ist es praktisch unmöglich, den genauen Lohnunterschied zu berechnen.

Also gibt es am Arbeitsplatz gar keine Diskriminierung?

Das kann man in dem Sinne gar nicht quantifizieren. Messen kann man immer etwas. Es kommt darauf an, wie die Zahlen interpretiert werden.

Das bedeutet, dass man den Zahlen, die unter anderem eine Analyse mit dem Logib-Tool des Bundes ergibt, nicht trauen kann?

Die nicht erklärbaren Lohnunterschiede werden auch beim Logib-Tool tendenziell überschätzt. Für die Unternehmen kann das weit-

«Wenn zwischen Frau und Mann Lohndifferenzen festgestellt werden, heisst das noch lange nicht, dass es Diskriminierung ist.»

reichende Folgen haben: Sie erhalten ungenaue Zahlen und können zu Unrecht der Diskriminierung beschuldigt werden.

Wegen dieser Analysen werden aber politische Entscheidungen gefällt.

Diese Zahlen sind oftmals sogar die Kernargumente, wenn es um das Thema Gleichstellung am Arbeitsplatz geht. Ich habe grosse Mühe damit, wenn diese Zahlen auf Methoden mit offensichtlichen Schwächen beruhen.

Da müsste der Bund doch schnell handeln?

Das würde ich begrüssen. Der Bund sollte eigentlich sicherstellen, dass die Grundlage so korrekt ist, wie es geht. Wie gesagt, ist es auch mit genaueren Analysetools als dem Logib-Programm schwierig, echte Diskriminierung nachzuweisen. Es spielen einfach ganz viele Faktoren eine Rolle. Man sollte zumindest aber versuchen, es so richtig wie möglich zu machen.

Sie haben für die Studie zusammen mit dem Pariser Professor für Volkswirtschaftslehre, Anthony Strittmatter, geforscht. Müssen beim Thema Gleichstellung auch in der Wissenschaft beide Geschlechter vertreten sein?

Von einem reinen Männerteam wäre diese Forschung wohl nicht gut angekommen. (Lacht) Nein, Anthony Strittmatter war tatsächlich glücklich, dass ich bei diesem heiss diskutierten Thema dabei war.

Basel liebäugelt mit neuem, eigenem Bio-Label

Nachhaltige Städte Gemeinden, denen nachhaltige Ernährung wichtig ist, sollen sich in einem Netzwerk vereinen, schlagen die Basler Grünen vor. Die Regierung zeigt sich offen – bittet aber um Geduld.

Der Basler Grossrat Jérôme Thiriet (Grüne) bringt die Kreation eines neuen Bio-Labels ins Spiel. Demnach sollen Schweizer Gemeinden, die sich für nachhaltige Ernährung starkmachen, als Bio-Städte ausgezeichnet werden. Der Grünen-Politiker verweist auf Deutschland, wo sich Kommunen wie München, Freiburg oder Bremen schon vor Jahren zu einem Netzwerk zusammengeschlossen haben und unter dem Bio-Stadt-Label nachhaltige Strategien entwickeln.

In der Schweiz fehle eine vergleichbare Kooperation, bedauert Thiriet in einem Vorstoss an den Basler Regierungsrat. Er hat

die Exekutive unter anderem gefragt, «welche Schritte nötig sind, damit ein Bio-Stadt-Label geschaffen werden kann».

Tüfteln an Strategie

Die Regierung zeigt sich in ihrer am Mittwoch publizierten Antwort aufgeschlossen. «Der Regierungsrat anerkennt das grundsätzliche Anliegen des Anzugs», präzisiert Stadtentwickler Lukas Ott auf Anfrage. Der Kanton habe sich bereits 2015, im Rahmen der Weltausstellung in Mailand, nachhaltiger Ernährung verschrieben. Die Impulse von damals würden in dem Strategiepapier «Nachhaltige Ernährung

2030» weitergeführt. Da das Papier noch in Arbeit ist, möchte die Exekutive den Vorstoss von Jérôme Thiriet stehen lassen.

Laut Stadtentwickler Ott geht es darum, zu prüfen, «in welcher Form eine stärkere Vernetzung und Bündelung von interessierten Schweizer Städten und Gemeinden zur Förderung einer nachhaltigen Ernährung sinnvoll ist». Ob sich dafür ein neues Label anbiete, sei Gegenstand der Abklärungen. Das Strategiepapier werde voraussichtlich bis Sommer 2022 erarbeitet.

Der Stadtkanton hat sich in jüngster Zeit immer wieder verpflichtet auf Umweltauszeichnung

gen gezeigt. So strebt Basel das Label als Fair Trade Town an, das weltweit Gemeinden verliehen wird, die sich dem fairen Handel verschrieben und entsprechende Wirtschaftsstrukturen vorzuweisen haben. Das Anliegen wird unter anderem vom Gewerbeverband unterstützt. Im Sommer kündigte Regierungspräsident Beat Jans (SP) überdies die Bewerbung Basels als Europas Umwelthauptstadt 2025 an.

Das deutsche Bio-Stadt-Label, das vom Basler Grünen-Politiker Jérôme Thiriet als Vorbild genannt wird, hat allerdings weniger den Charakter einer Auszeichnung als einer Absichtser-

klärung. Grundlage bildet eine Kooperationsvereinbarung von knapp zwei Dutzend deutschen Städten und Landkreisen. Ihnen geht es um die Förderung nachhaltiger, regionaler Landwirtschaftsproduktion – etwa wenn eine Gemeinde in ihren Kantinen Bioerzeugnisse konventioneller Ware vorzieht.

Jede Kommune hat eine Bio-Stadt-Ansprechperson. Man tauscht sich über Strategien aus, gibt Rechenschaft über eigene Ziele ab, entwickelt gemeinsame Kampagnen und macht sich auf Bundesebene für Bio stark.

Simon Bordier

ANZEIGE



Samstag, 13. Nov. 2021
8.30 – 13.00 Uhr

Aula SPZ Schweizerisches Paraplegikerzentrum Nottwil

Anmeldung bis 10. November via Mail an fischer@diabetesstiftung.ch

Der Anlass kann nur mit einem gültigen COVID-Zertifikat besucht werden.

Schweizerische Diabetes-Stiftung  Fondation de l'Association Suisse du Diabète